

Europa-Kongress - attac München/Akademie Solidarische Ökonomie

13.-15.11.2015 in München

Workshop „Europa Plan B“ (Leitung & Thesen: Kris Kunst, economy for the people)

Definitionen:

Europa ≠ EU ≠ Euro

- Plan A**: bisherige Strategie der „Euro-Linken“: Grundsätzliches Bekenntnis zu EU und Euro, dabei Forderung nach deren Reformierung.
- Plan B**: eine fundamentale Infragestellung von EU und Euro von links, den Exit aus beidem („Lexit“) und den Aufbau einer linken Alternative zu beidem.
- Linke Politik** meint hier eine „post-neoliberale“ Politik, die mit dem Austeritätsskurs brechen und nach unten umverteilen möchte
- EWU**: Europäische Währungsunion mit Euro und EZB

These 1

Die **EU** ist in ihren vertraglichen Grundlagen auf eine neoliberale Politik ausgerichtet. Linke Politik in der EU ist nur gegen die zentralen Prinzipien und Regelungen der EU möglich. Deswegen sollten wesentliche Regelungen der EU-Verträge weitestmöglich von einzelnen Ländern mit linken Regierungen gebeugt und unterlaufen werden. Ist das nicht in ausreichendem Maße möglich, sollte ein Land aus der EU austreten.

Statements aus dem Plenum

Neuregelungen per Referendum – Widerspruch: Lexit so durchsetzbar?

Erster Schritt müsste Austritt aus Euro sein, nicht aus EU

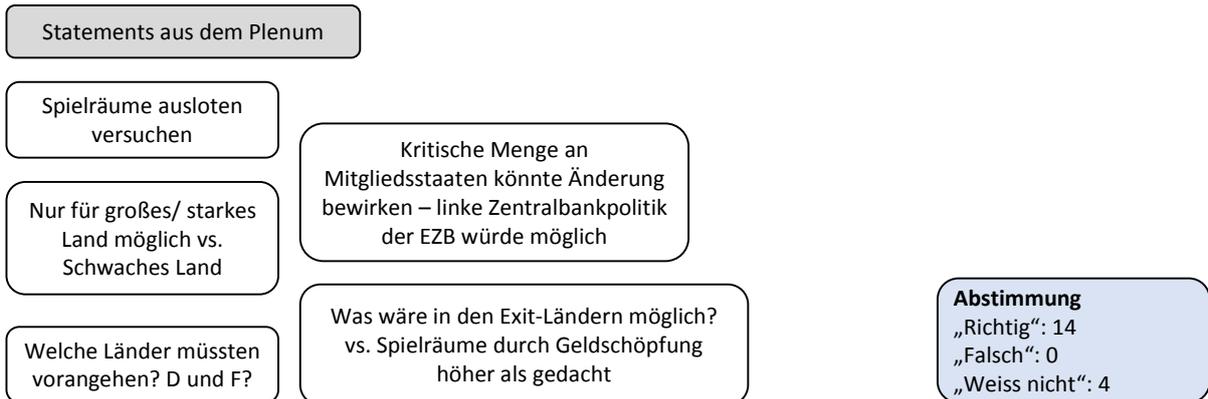
Gefahr der Unterwanderung von rechts – „immune“ Argumentation überlegen: Vom Positiven ausgehen, nicht an der Abgrenzung (gefühl) „gegen Europa“ festmachen.

Abstimmung

„Richtig“: 11
„Falsch“: 1
„Weiss nicht“: 7

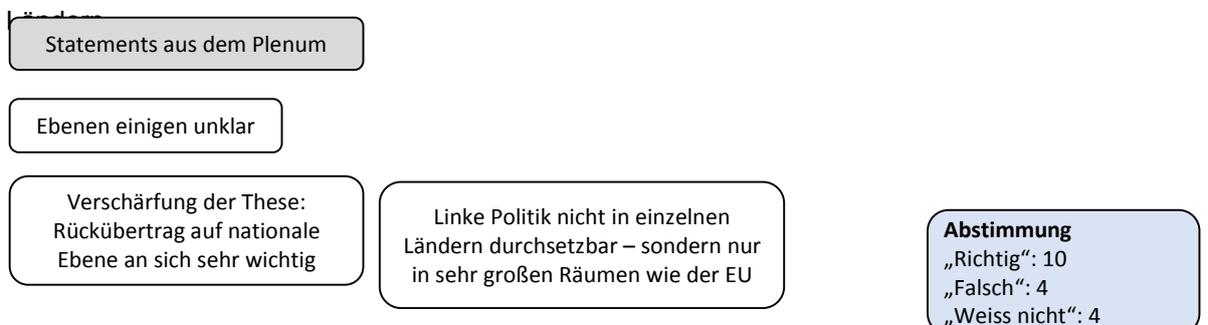
These 2

Die **EWU** nimmt bei der Erzwingung einer autoritär-neoliberalen Politik in der Euro-Zone eine Schlüsselrolle ein. Es kann keine linke Politik im Euro-Raum geben. Es bleibt einer linken Regierung nur der Austritt und die Installierung einer eigenen Währungsordnung. Deren Gestaltung wiederum determiniert, inwiefern linke Politik in diesem Land in Zukunft möglich sein wird.



These 3

Die „Vereinigten Staaten von Europa“ dürfen nicht länger das **Oberziel linker Politik** sein. Wie weit Integration oder Separation zwischen europäischen Ländern sinnvoll ist, ist im Einzelnen je nach Themen und Ländergruppen zu beurteilen. Oberstes Kriterium für linke Politik muss es sein, in möglichst vielen Ländern und Regionen Europas linken Regierungen mit einer linken Politik zum Durchbruch zu verhelfen – mit der Perspektive eines Umbaus der Wirtschaftsordnung in ihren



These 4

Die grundlegende Ausrichtung der Euro-Linken ist gescheitert. Sie hat sich politisch selbst entwaffnet, indem sie sich faktisch für den Flankenschutz des neoliberalen EU-Projektes hergegeben hat. Zugleich hat sie dem Aufschwung des Rechtspopulismus‘ in der EU nichts entgegenzusetzen gehabt. Wir dürfen die Kritik an Euro und EU nicht der politischen Rechten überlassen! **Plan B**: Es geht darum, ein linkes politisches Gravitationszentrum aufzubauen, das dem Rechtspopulismus das Wasser abgräbt und eine realistische Perspektive für eine linke Politik in möglichst vielen Ländern eröffnet.

Keine abweichenden Statements
aus dem Plenum

Abstimmung

„Richtig“: 15

„Falsch“: 1

„Weiss nicht“: weiss nicht